

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2001)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Geschäftsbericht der Universität Bern

Autor: Schäublin, Christoph

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418421>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

1. Geschäftsbericht der Universität Bern*

Rektor: Prof. Dr. Christoph Schäublin

1.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Am 31. August 2001 ging die erste vierjährige «Legislaturperiode» unter dem neuen Universitätsgesetz zu Ende. Das «Berner Modell» einer «autonomen» Universität hat sich bewährt. Innerhalb der Universität hat sich die Zuordnung der Kompetenzen überwiegend als sinnvoll und praktikabel erwiesen. Fakultäten, Konferenzen und die Universitätsleitung verfolgen das Ziel, günstige Bedingungen für die tägliche Arbeit in Forschung, Lehre und Dienstleistungen zu schaffen und die Universität Bern auf die Zukunft vorzubereiten. Der Senat sorgt dafür, dass die Interessen sämtlicher Universitätsangehöriger angemessen zur Geltung kommen. Die Wiederwahl des Rektors und eines der beiden Vizerektoren (der andere musste altershalber ausscheiden) mag als Bestätigung für eine rasch gefundene Stabilität gewertet werden. Die Universitätsverordnung wurde in einigen Punkten revidiert. Mit einem Konzept für eine griffige Mehrjahresplanung kann die Aufgabe erfüllt werden, die Universität Bern stetig zu erneuern und zu profilieren als eine attraktive Stätte der Forschung und der Lehre von regionaler, nationaler und internationaler Bedeutung und Ausstrahlung. Auf Grund der «Ziele und Vorgaben» des Regierungsrates wird die bisherige Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät am 1. September 2001 in die Rechtswissenschaftliche und in die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät geteilt werden und gehen die beiden Theologischen Fakultäten in einer gemeinsamen Fakultät auf. In beiden Fällen sind die Voraussetzungen für eine ordnungsgemässe Aufnahme bzw. Weiterführung des Betriebs geschaffen.

Die vom Gesetz geforderte Leistungsvereinbarung zwischen der Erziehungsdirektion und der Universität soll demnächst vom Regierungsrat genehmigt werden. Dabei gilt es, mit Blick auf die künftigen Evaluationen und die daraus abzuleitenden Massnahmen, der angestrebten Wirkungsorientierung ein universitäres Gepräge zu verleihen. Nachdem das Evaluationsreglement vom Senat beschlossen und von der Erziehungsdirektion genehmigt worden ist, hat dessen Umsetzung begonnen. Die Leistungsaufträge für die Institute und Kliniken werden voraussichtlich zum Akademischen Jahr 2002/2003 vorliegen.

Nicht alle Ziele sind erreicht worden. Das Verhältnis der Medizinischen Fakultät zu den Universitätsspitalen harrt noch der endgültigen Klärung. Die im Frühjahr 2000 durchgeführte Pilot-Akkreditierung hat den erheblichen Reformbedarf der Medizinischen Fakultät im Klinikbereich deutlich gemacht. Der Rückstand bei den Arbeiten an einem umfassenden Bibliothekskonzept wurde hauptsächlich durch Unsicherheiten betreffend Trägerschaft und Finanzierung der Stadt- und Universitätsbibliothek verursacht. Erwähnt seien auch die offenen Fragen hinsichtlich des Verhältnisses der Universität zur Lehrerinnen- und Lehrerbildung. Trotzdem wird der Lehrbetrieb im Herbst 2001 ordnungsgemäss anlaufen. Neu wird ab dem 1. September 2001 die Konferenz der Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Senat vertreten sein.

Eine Reihe von Projekten wurde erfolgreich verwirklicht. Die Universität hat sich auf die bestmögliche Art und Weise auf den Empfang zweier Maturitätsjahrgänge im Herbst 2001 vorbereitet und die von Kanton und Bund gewährten Sondermittel gezielt und zweckdienlich verwendet. Die Anmeldungen haben die Prognosen weitgehend bestätigt. Dasselbe Verfahren soll im Jahre 2002 ein zweites Mal zur Anwendung kommen.

Als Erfolg wird man die Beteiligung am gesamtschweizerisch durchgeführten «Festival Science et Cité» verbuchen dürfen. Universitätsangehörige verwickelten die «Öffentlichkeit» ins Gespräch

mit dem Ziel, die in der Universität gepflegte Wissenschaft als etwas Faszinierendes und uns alle Betreffendes erfahrbar zu machen – hörten aber auch auf Zweifel und Vorbehalte. Zur Verbesserung ihres Kommunikationsverhaltens hat die Universität die Stelle eines Kommunikationschefs geschaffen.

Die Universität Bern spielt für 2 der 14 Nationalen Forschungsschwerpunkte die Rolle des «leading house» («Climate», «North – South»); an weiteren ist sie massgeblich beteiligt. Das Projekt «Heart» wird im Rahmen des Programms für Innovations- und Kooperationsprojekte realisiert werden können. Aus demselben Topf stammen 9 Mio. Franken zu Gunsten des BENEFRI-Verbundes («World Trade Institute», Philosophisch-historische Fakultät, Hochschuldidaktische Kurse) und 6 Mio. Franken zu Gunsten des neuen VETSUISSE-Curriculums. Ferner hat das Programm «Virtueller Campus Schweiz» der Universität zu Bundesmitteln verholten. Gelder aus dem Programm «Chancengleichheit» haben die Gründung und Einrichtung eines «Interdisziplinären Zentrums für Frauen- und Geschlechterforschung» ermöglicht. Die Bundesprogramme haben wünschenswerte Entwicklungen beschleunigt, bringen die universitären Planungen aber in eine immer stärkere Abhängigkeit. Statt weiterer «projektgebundener Beiträge» brauchen die Universitäten solide Grundbeiträge, die eine angemessene Handlungsfreiheit sicherstellen.

Wesentlich vorangekommen ist das Projekt VETSUISSE, und zwar infolge einer Evaluation. Wird VETSUISSE verwirklicht, darf damit gerechnet werden, dass die Schweizer Veterinärmedizin künftig weltweit einen Spitzenplatz einnehmen wird. Das geplante Interfakultäre Departement für Zellbiologie soll die Forschungen dreier Fakultäten bündeln und überdies ein eigenes Curriculum entwickeln. Dem Institut für Sport und Sportwissenschaft wurde mit einem neuen Curriculum das Recht verliehen, einen Lehrgang anzubieten, der zum Lizenziat führen soll. Intensiv setzt sich die Universität Bern mit den Bestrebungen auseinander, die auf eine gesamteuropäische Vereinheitlichung des tertiären Bildungsbereichs abzielen («Bologna-Prozess»). Zusammen mit den übrigen Schweizer Universitäten prüft sie gegenwärtig, unter welchen Bedingungen und für welche Disziplinen sich die Einrichtung zweistufiger Studiengänge als sinnvoll erweisen könnte. Ein neues Studienreglement der Betriebswirtschaftslehre sieht die neuen Titel «Bachelor» und «Master» bereits vor.

1.2 Berichte der Fakultäten und weiterer Organisationseinheiten

1.2.1 Evangelisch-theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Auf den Beginn des Akademischen Jahres 2001/2002 erfolgt die Fusion der Theologischen Fakultäten. Die ehemaligen Fakultäten bilden zwei weitgehend selbstständige Departemente. Am Personalbestand und an der finanziellen Ausstattung ändert sich fast nichts.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Besondere Schwerpunkte in der Forschung liegen in der Disziplin Altes Testament, in Patristik und Reformationsgeschichte, in der Praktischen Theologie sowie in der fakultätsübergreifenden Gender-Forschung. In der Lehre legt die Fakultät Gewicht auf interdisziplinäre Veranstaltungen.

* Gemäss Artikel 106 der Universitätsverordnung bezieht sich der Geschäftsbericht hinsichtlich der Finanz- und Leistungskennzahlen auf das Kalenderjahr (2001), hinsichtlich der akademischen Belange auf das Akademische Jahr (1. 9. 2000 bis 31. 8. 2001).

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Fakultät bietet den Studierenden beste Arbeits- und Betreuungsbedingungen (Studienberatung, Einführungsveranstaltungen, Tutorien, Mentoren).

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die meisten Institute arbeiten mit der Philosophisch-historischen Fakultät zusammen, das Institut für Religionswissenschaft ist beiden Fakultäten zugeordnet. Die Fakultät engagiert sich am Forum für Allgemeine Ökologie. Wichtig für das reguläre Studium sind die BENEFRI-Fachkonventionen im Bereich Altes Testament sowie Kirchengeschichte und Kirchenrecht. In der Postgraduierten-Ausbildung besteht enge Zusammenarbeit mit Basel und Zürich. Internationale Partnerschaften werden gepflegt mit den Theologischen Fakultäten in Budapest, Nishinomiya (Japan) und Sibiu (Rumänien); regelmäßige Kontakte bestehen zu Helsinki.

Nachwuchsförderung: Im Vergleich zur Gesamtstudierendenzahl gibt es viele Promovendinnen und Promovenden. Die Fakultät bemüht sich, die Anzahl Assistenzstellen auf einem hohen Niveau stabil zu halten. Sie konnte dank dem Bundesnachwuchsförderungsprogramm für drei Jahre eine Oberassistentin einrichten.

Qualitätssicherung: Sie erfolgt durch fakultätsinterne Verfahren wie Tätigkeitsberichte und Evaluationen der Lehrveranstaltungen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Bei den Assistierenden ist etwa die Hälfte der Stellen, bei den Lehrstühlen fast ein Drittel durch Frauen besetzt.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät plant verstärkte Kooperation mit der Evangelisch-theologischen Fakultät Neuenburg und der Katholisch-theologischen Fakultät Freiburg; das bietet ihr eine für die Schweiz einmalige ökumenische Zusammenarbeit über die Sprachgrenze hinweg. Die Fakultät wird ihre Öffentlichkeitsarbeit ausbauen.

1.2.2 Christkatholisch-theologische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Vorbereitung der Fusion zur «Christkatholischen und Evangelischen Theologischen Fakultät» nahm geraume Zeit in Anspruch. Das neue Fakultätsreglement umschreibt das Ausmass der Eigenverantwortung der beiden Departemente im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und ihres je unterschiedlichen theologischen Profils. Ein dreiköpfiges Leitungs- und Koordinationsorgan teilt sich in die Aufgaben von Dekanat und Departementsvorstand. Im Sommersemester wurde ein neues Studien- und Prüfungsreglement in Kraft gesetzt. Es ersetzt die bisherige Studienverordnung mit dem Abschluss Staatsexamen. Erstmals wird aus Drittmitteln ein alle zwei Semester wiederkehrender Lehrauftrag finanziert, und zwar für das Fach Liturgiewissenschaft, das nach der Emeritierung von Prof. Dr. H. Aldenhoven unvertreten blieb.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen mit Warschau, Sibiu und Sofia wurden kleinere Projekte realisiert.

1.2.3 Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Aktuelle Situation: Das Akademische Jahr stand im Zeichen der Fakultätsstrennung auf den 1. September 2001. Mit dem Wintersemester 2001/2002 gelten in beiden Fakultäten neue Studienpläne. Die Wiederbesetzung von Lehrstühlen bildete in der Rechtswissenschaftlichen wie in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Abteilung eine zentrale Aufgabe. In der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung konnte der Lehrstuhl von Prof. Dr. W. Popp mit Prof. Dr. T. Teichert endlich besetzt werden. Am 1. Juni 2001 hat in der Juristischen Abteilung Frau Prof. Dr. R. Kiener den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht übernommen. Der neue Ordinarius für Strafrecht, Internationales Strafrecht und Strafprozessrecht, Prof. Dr. G. Heine, hat sein Amt am 1. September 2001 angetreten.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Die neuen Studienreglemente der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften konnten nicht planmässig auf das Wintersemester 2000/2001 in Kraft gesetzt werden. Das mussten alle Betroffenen, insbesondere die Studierenden, als sehr unbefriedigend empfinden.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die Zahl der Studierenden der Fakultät hat wiederum zugenommen. Alle Fächer gelten als platzknapp. Das Betreuungsverhältnis hat sich in sämtlichen Fachbereichen weiter verschlechtert. Besonders prekär sind die Verhältnisse im Fach Betriebswirtschaftslehre, wo 1023 Hauptfach- und 326 Nebenfachstudierende von sieben ordentlichen Professoren betreut werden. Mit den Hörsälen auf dem von Roll-Areal wurde Platz für die Massenveranstaltungen im wirtschaftswissenschaftlichen Grundstudium gewonnen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: In den Fachbereichen Europarecht, Gesundheitsrecht und Internationales Wirtschaftsrecht ist die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Bern, Freiburg und Neuenburg (BENEFRI) weiter verstärkt worden. Die Tagung der schweizerischen rechtswissenschaftlichen Fakultäten hat in Bern stattgefunden. Die rege Teilnahme zeigte das vermehrte Bedürfnis nach Zusammenarbeit, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Umsetzung der Bologna-Deklaration. Die unterschiedliche Umsetzung des ECTS-Systems in den Studienreglementen der Fakultät bedarf weiterer Anstrengungen, um die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Studierendenaustausch im In- und Ausland tatsächlich zu verbessern.

Nachwuchsförderung: Neu an der Fakultät ist die Ergänzung oder vorübergehende Vertretung von Lehrstühlen mit Assistenzprofessuren. An der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung ist mit Frau Dr. Ebell eine erste Assistenzprofessorin im Bereich Volkswirtschaftslehre (Finanzmarktanalyse) angestellt worden. Assistenzprofessuren dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Bewältigung der weiterhin wachsenden Studierendenzahlen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die Anzahl der Absolventinnen nimmt stets zu; im Bereich Rechtswissenschaft wird sie bald 50 Prozent erreichen. Obwohl Assistenzstellen zunehmend durch Frauen besetzt werden, ist die Zahl der Doktorandinnen nicht entsprechend angewachsen. Unter den neuen Privatdozenten war keine Frau zu verzeichnen. Gering ist die Zahl der Frauen bei Lehrstuhlbewerbungen, sie nimmt indessen bei Assistenzprofessuren zu. Die Fakultät hat einen Lehrstuhl mit einer Ordinaria besetzen können.

Strategische Fakultätsplanung: Die Fakultät sah sich vor besondere planerische Aufgaben, einschliesslich neuer Notenverwaltungssysteme, gestellt und hatte den künftigen Einsatz der vorhandenen Mittel neu zu überdenken.

1.2.4 Medizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Gesundheits- und spitalpolitische Veränderungen und Probleme beschäftigten die Fakultät zunehmend. Im Rahmen der Studienreform wird zurzeit der Übergang von der Vorlinik in die Klinik revidiert. Das 3. Studienjahr wird ab Wintersemester 2001/2002 reformiert sein. Die Änderungen sind substanziell, die zeitlichen Erwartungen an die Dozierenden steigen. Externe und interne Einflüsse werden sich letztlich auf die Akkreditierungstauglichkeit der Fakultät auswirken. Die finanzielle Lage verbesserte sich nicht: Die Fakultät muss weiterhin Stellenpunkte abgeben.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Ein Hauptgeschäft bildet das Erstellen der Leistungsaufträge für Lehre und Forschung, die die Fakultät mit ihren Institutionen abschliesst. Die äusserst aufwändige Vorarbeit wurde geleistet. Die Leistungsaufträge sollen den effektiven Kostenbedarf für Lehre und Forschung aufzeigen sowie der Fakultät die Möglichkeit geben, die Mittelverteilung selber zu steuern.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Um das problemorientierte Lernen effektiv umsetzen zu können, ist vermehrt Unterricht in

kleinen Gruppen notwendig. Daraus folgt eine stärkere Belastung der Dozierenden, aber auch die Notwendigkeit, weiterhin am Numerus Clausus festzuhalten. Das Studienplatzangebot blieb deshalb unverändert, ausser der Anpassung an die doppelten Maturitätsjahrgänge.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die Schaffung eines Kollegiums der Dekane der fünf Medizinischen Fakultäten der Schweiz hat zu engerer Zusammenarbeit vor allem in der Lehre geführt. Eine Harmonisierung der Curricula wird umgesetzt, es entsteht ein schweizerischer Lernzielkatalog. In der Forschung ist die Zusammenarbeit projektgebunden. Die nationale und internationale Verflechtung der Institutionen der Fakultät ist auf hohem Niveau gegeben. Die zentrale Rolle der Abteilung für orthopädische Biomechanik in einem ETH-Projekt der «National Centers of Competence in Research» (NCCR) und die Zuspache eines eidgenössischen Kooperationsprojektes Herz-Kreislauf-Forschung an das Physiologische Institut sind Beispiele von Erfolgen.

Nachwuchsförderung: Mit der Schaffung von Assistenzprofessuren oder der prozeduralen Vereinfachung für das Erteilen von ausserordentlichen Professuren zeichnen sich Möglichkeiten einer Verbesserung ab.

Evaluation: Die Fakultät hat eine Evaluationskommission für die Lehre eingesetzt. Ihre Aufgabe ist vorerst das Erarbeiten eines adäquaten Evaluationskonzepts. Im Berichtsjahr wurde die Forschung des Departements Klinische Forschung von internationalen Experten evaluiert. Allen Gruppen wurde ein hoher, international kompetitiver Standard attestiert.

Strategische Fakultätsplanung: Die Curriculum-Reform richtet die Lehre auch in der Klinik problemorientiert aus. Mit den Leistungsaufträgen wird ein neues Führungsinstrument vorhanden sein, um den Bedürfnissen von Lehre und Forschung gerechter zu werden. Entwicklungsvorhaben sind die Instituierung einer Professur für Geriatrie und die Schaffung einer Einheit «Gesundheitsökonomie» am Institut für Sozial- und Präventivmedizin. Eine Ausweitung des Unterrichtes in Hausarzt-Medizin ist ebenfalls prioritär.

1.2.5 Veterinärmedizinische Fakultät

Aktuelle Situation: Im seit März 2000 bestehenden Departement für klinische Veterinärmedizin wurden Strukturen angepasst oder neu geschaffen. Die erste Phase des Aufbaus des Lernzentrums im Anatomiegebäude wurde im Herbst 2000 abgeschlossen. Weitere Bauarbeiten folgten im Sommer 2001. Die Ställe der Rinderklinik wurden umgebaut, um den Ansprüchen einer modernen Rindviehhaltung zu entsprechen und betriebswirtschaftliche Optimierungen zu erzielen.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Der VETSUISSE-Entwicklungsplan von 1999 bildet die Grundlage für die laufenden Verhandlungen. Die Studienreform wurde stärker in die Aktivitäten des Integrationsausschusses einbezogen. Konkrete Vorschläge zur Aufgabenverteilung wurden unter Berücksichtigung der Mobilität der Studierenden und der Dozierenden erarbeitet. Ein internationales Expertengremium führte eine Forschungsevaluation durch. Der Evaluationsbericht unterstützt das VETSUISSE-Konzept und hält fest, dass die Standorte Bern und Zürich zu wenig kritische Masse besitzen, um allein international kompetitiv zu sein. Eine klare Aufgabenteilung mit Konzentration der Fachgebiete wird empfohlen. Die Forschungsleistungen in den Grundlagenfächern wurden als gut bis sehr gut beurteilt, während diejenigen in den klinischen Wissenschaften als weniger gut eingestuft wurden. Der Bericht wird eine Verteilung der Schwerpunkte ermöglichen, die sich auf Forschungsexpertise stützt, forschungsunterstützte Lehre erlaubt und den weiteren Aufbau von interdisziplinären Forschungsprojekten mit weltweiter Bedeutung favorisiert.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Erstmals wurden «Organblöcke» fürs 2. Studienjahr mit dem neuen Curriculum durchgeführt. Diese vertikal integrierten Organblöcke verzeichneten

bei den Studierenden einen durchschlagenden Erfolg. Sie bedingen allerdings einen sehr grossen Aufwand, welcher langfristig ohne personelle Aufstockung für die Lehre unrealistisch hoch ist. Die Vorbereitungen für die Organblöcke des 3. Studienjahrs und den problemorientierten Unterricht des 4. Jahres wurden vorangetrieben.

1.2.6 Philosophisch-historische Fakultät

Aktuelle Situation: Die Struktur der Departemente und Institute wird den Beschlüssen der Portfolio-Analyse angepasst; die meisten der dort vorgesehenen Massnahmen sind umgesetzt. Die Erstbesetzung der neuen Professur für Italienische Linguistik steht noch an. Struktur- und Ernennungskommissionen bereiten sieben Neubesetzungen vor. Drei Neuberufungen erfolgten am Institut für Germanistik, eine am Institut für Psychologie. Diejenige für Slavische Philologie bildet die Voraussetzung zur Schaffung eines integrierten Studiengangs Slavistik mit der Partneruniversität Freiburg.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Schwerpunkte wurden im Rahmen von Tagungen und Ausstellungen gesetzt. Die Abteilung für Architekturgeschichte und Denkmalpflege des Instituts für Kunstgeschichte präsentierte im Herbst 2000 in Istanbul eine Ausstellung. Das Historische Institut organisierte im Rahmen der Ausstellung «Bildersturm. Wahnsinn oder Gottes Wille» im Berner Historischen Museum eine internationale Tagung. Das Historische Institut präsentierte im Rahmen des «Festival Science et Cité» eine Ausstellung. Im Schloss Münchenwiler fand eine Veranstaltung des Berner Forums für Wissenschaftsethik statt. Das Institut für Französische Sprache und Literatur veranstaltete ein Kolloquium. Prof. Dr. G. Grasshoff (Lehrstuhl für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte) organisierte einen Workshop.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Es gab Engpässe im Lehrangebot der platzknappen Fächer Psychologie, Anglistik und Theaterwissenschaft; schwierig waren die Betreuungsverhältnisse am Institut für Ethnologie und am Institut für Religionswissenschaft. **Zusammenarbeit in Lehre und Forschung:** Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Ausbau der BENEFRI-Konventionen gewidmet. Im Rahmen eines Förderungsprogramms des Bundes erhielt die Fakultät Mittel zur strukturellen Förderung und zum Ausbau der BENEFRI-Programme in der Slavistik und den Romanischen Sprachen und Literaturen.

Nachwuchsförderung: Ungewöhnlich hoch war die Zahl der Habilitationen. Zwei Kollegen konnten sich in Bewerbungen an ihren eigenen Instituten gegen eine internationale Konkurrenz behaupten. Eine Privatdozentin hat einen Ruf als Professorin an der Universität Freiburg i. Br. angenommen. Einem Privatdozenten wurde eine Nachwuchsprofessur des Nationalfonds an der Universität Basel verliehen.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Zwei Frauen haben ihr Amt als Professorinnen am Germanistischen Institut angetreten.

Strategische Fakultätsplanung: Für 2002 ist die Aufhebung des Instituts für Romanische Philologie vorgesehen, dessen Lehrangebot durch ein Abkommen mit den Partneruniversitäten Freiburg und Neuenburg ersetzt werden wird. Im Gegenzug wird die Berner Fakultät den beiden Universitäten ein Lehrangebot in Italienischer und Spanischer Linguistik anbieten.

Besondere Massnahmen: Aus den im Zusammenhang mit dem Doppelmaturitätsjahrgang zur Verfügung gestellten Mitteln wurden zur Sicherung der Qualität der Lehre in der Grundausbildung die Institute für Psychologie, das Historische Institut, das Institut für Englische Sprachen und Literaturen sowie die Institute für Ethnologie, Theaterwissenschaft und Germanistik bedacht.

1.2.7 **Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät**

Aktuelle Situation: Nach dem durch die Portfolio-Analyse bedingten Berufungsmoratorium haben im Jahr 2000 eine Ordinaria und sieben neue Ordinarien ihre Tätigkeit an der Fakultät aufgenommen. Weitere Stellenantritte folgen im Jahr 2002. Zwei nebenamtliche Extraordinarien wurden zu vollamtlichen Extraordinarien ernannt. Eine Assistenzprofessur in Biotechnologie konnte erfolgreich besetzt werden. Für die Erneuerung des Kollegiums fand sich eine grosse Zahl wissenschaftlich sehr gut qualifizierter Bewerber, bedauerlich ist, dass der Frauenanteil unter den Ordinarien nicht weiter erhöht werden konnte.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Für den neuen Studiengang mit Hauptfach Biochemie, der ab dem Wintersemester 2001/2002 angeboten wird, gab es eine erfreulich grosse Zahl von Voranmeldungen. Ein reformiertes, zweijähriges Curriculum für Studierende der Pharmazie wird zurzeit entwickelt. Ebenso sollen die inter-fakultären Studiengänge im Bereich Zellbiologie neu geregelt werden. Verschiedene Institute bewarben sich erfolgreich um die «National Centers of Competence in Research» (NCCR) des Nationalfonds. Sie beteiligen sich führend am Forschungsschwerpunkt «Klimavariabilität, Vorhersage und Risiken» und sind massgeblich vertreten in den Schwerpunkten «Plant Survival» und «Mitigating Syndromes of Global Change».

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Für den doppelten Maturjahrgang wurden Anpassungen des Lehrbetriebs vorgenommen.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Der Ausstieg des Kantons Bern aus dem Rahmenvertrag mit der Conférence Universitaire de Suisse Occidentale auf Ende August 2002 verursacht grosse Schwierigkeiten in Bezug auf die Weiterführung eines kostengünstigen und qualitativ ansprechenden Angebots in der Ausbildung von Doktorandinnen und Doktoranden.

Nachwuchsförderung: Acht Mal wurde die Venia Docendi vergeben, ein Privatdozent wurde zum Titularprofessor ernannt. In vielen Fachbereichen ist allerdings ein schwindendes Interesse an Nachwuchsstellen zu beobachten. Ursachen dafür mögen die Vermittlung eines unbefriedigenden Berufsbildes sowie das fehlende Angebot an Karrierestellen mit «tenure» im höheren Mittelbau sein. In vielen Fachbereichen fehlen wissenschaftlich qualifizierte Frauen, die an Universitätskarrieren interessiert sind.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Auf Initiative der Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität wurde erstmals und erfolgreich ein Schnuppertag für Mittelschülerinnen durchgeführt.

Qualitätssicherung: Das Physikalische Institut (Laboratorium für Hochenergiephysik) soll unter Beizug auswärtiger Expertinnen und Experten evaluiert werden. Ergebnisse und Anträge werden auf das Akademische Jahr 2002/2003 erwartet.

Strategische Fakultätsplanung: Der Ausbau des Angebotes an Studiengängen wird überprüft, ebenso die Einrichtung eines fakultätsübergreifenden Statistischen Zentrums. Die geplante, europaweite Einführung des Bachelor/Master-Titels («Bologna-Prozess») bietet Anlass zu einer kritischen Diskussion der Studienziele und des Lehrangebots. Offene Fragen betreffen das Nebeneinander des Diplomsystems und Haupt-/Nebenfachsystems und das Prüfungswesen sowie das Zusammengehen mit den anderen Fakultäten.

1.2.8 **Konferenz der gesamthochschulischen Einheiten**

In der «Konferenz der gesamthochschulischen Einheiten» (KGE) sind drei wissenschaftlich tätige Einheiten zusammengeschlossen, die wegen ihres fächerübergreifenden Auftrags in Lehre, Forschung und Dienstleistung nicht sinnvoll einer Fakultät angegliedert werden können: Die Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökolo-

gie, die Koordinationsstelle für Weiterbildung und das Institut für Sport und Sportwissenschaft. Sie verfügen je über eine ordentliche Professur und sind den fakultären Instituten von Gesetzes wegen gleichgestellt. Ihre Arbeit wird begleitet durch je eine gesamthochschulische Kommission. Über sie partizipieren alle Fakultäten an der Tätigkeit dieser Einheiten. Nachdem die Aufgaben und Kompetenzen der KGE, ihre Organisation und die Einbettung in die Universität vom Regierungsrat bestätigt worden sind, besteht ihre wichtigste übergeordnete Aufgabe darin, die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit und die Entwicklung ihrer Einheiten zu sichern und nach Möglichkeit zu verbessern. Innerhalb der Universität bestehen noch Missverständnisse über die Aufgaben und Zweifel über die Existenzberechtigung der gesamthochschulischen Einheiten. Dies hat sich etwa bei der Diskussion über die Schaffung des ausserfakultären Lizenziats in Sport und Sportwissenschaft gezeigt oder bei der Frage, ob das Leading House für einen Nationalen Forschungsschwerpunkt an einer ihrer Einheiten angesiedelt werden darf. Die KGE hatte daher auch viel Informations- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

1.2.9 **Konferenz der Lehrerbildungsinstitutionen (KL)**

Aktuelle Situation: Die Abteilung für das Höhere Lehramt (AHL) verbleibt vorläufig bis Ende Studienjahr 2003/2004 an der Universität. Der Abbau des Sekundarlehramts (SLA) bis Ende Studienjahr 2003/2004 ist im Gang. Das Centre de formation du Brevet secondaire (BES) bereitet sich auf die Schliessung vor. Die KL bleibt einstweilen bis Ende Studienjahr 2001/2002 bestehen.

Schwerpunkte der Tätigkeit: Grosse Aufmerksamkeit wird der Beratung der Studierenden geschenkt. Im Rahmen der neuen Lehrerinnen- und Lehrerbildung erhalten die Institute einen Forschungs- und Entwicklungsauftrag, entsprechend werden Tätigkeiten in diesem Bereich ausgebaut.

Studienverhältnisse/Studienplatzangebote: Die hohen Studierendenzahlen in der AHL erforderten erneut besondere Massnahmen. Der letzte neue Jahrgang für die Ausbildung am BES war zahlenmässig der stärkste überhaupt.

Zusammenarbeit in Lehre und Forschung: Die AHL ist in zahlreiche inneruniversitäre, schweizerische und auch internationale Projekte eingebunden. Im Bereich der Lehre pflegt das SLA enge Kontakte mit der Philosophisch-historischen und der Philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern sowie mit dem Konservatorium für Musik und Theater. Forschungszusammenarbeit erfolgt national wie auch international. Das BES unterhält weiterhin Kontakte an der Universität Bern und zu den Universitäten Freiburg und Neuenburg.

Nachwuchsförderung: Sie erfolgt vor allem über die Assistenzstellen der Institute.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Wenn immer möglich werden bei Neubesetzungen Frauenbewerbungen berücksichtigt. In den Lehrveranstaltungen werden geschlechter-spezifische Themen behandelt.

Qualitätssicherung: Lehrveranstaltungen und Dienstleistungen werden institutsweise evaluiert. Die Ergebnisse werden den Studierenden zugänglich gemacht und haben Auswirkungen auf Ausbildungsstrukturen und -angebote.

1.3 **Spezialbereiche**

Planung: Der doppelte Maturjahrgang 2001 im Kanton Bern und in anderen Kantonen bildete das Hauptgeschäft. Für die Fachbereiche wurden Kapazitätsgrenzen für Studienanfängerinnen und Studienanfänger festgelegt und auf Grund der Voranmeldezahlen in 17 Fachbereichen rund 150 Massnahmen zur Sicherstellung der Ausbildungsqualität ausgelöst sowie bauliche Massnahmen ergrif-

fen. Als Heiminstitution von Förderungsprofessuren des Nationalfonds verlangt die Universität, dass solche Stellen in den Instituts- oder Klinikbetrieb integriert und in die längerfristigen Planungen eingebunden werden sowie dass die Konsequenzen für die universitäre Infrastruktur geklärt sein müssen. Von 16 eingereichten Gesuchen hat der Nationalfonds 2 Gesuche für eine Förderungsprofessur für maximal sechs Jahre gutgeheissen. Im Rahmen der gesamtschweizerischen Hochschulplanung wurde die Professoren-datenbank aktualisiert.

Finanzen: Der Senat hat eine Geschäftsordnung für die Finanzkommission erlassen. Betriebs- und Extrakredite konnten in unveränderter Höhe zugeteilt werden. Die Substanzerosion durch den hohen Dollarkurs und die Teuerung gehen weiter. Die Substitution der wissenschaftlichen Literatur auf Papier durch elektronische Medien steigt kontinuierlich, vermag aber die Kosten nicht spürbar zu senken. Kostensteigerungen gab es bei der Materialbeschaffung der Dienstleistungsbetriebe. Für das Jahr 2001 stand eine um 1,4 Mio. Franken höhere Summe für Investitionskredite für Neu- und Ersatzanschaffungen zur Verfügung.

Personal: Die Abteilung Personal hat ihre Serviceleistungen zu Gunsten der Universitätsinstitutionen weiter ausgebaut. Das Konzept im Rahmen des Projektes NOGA, welches die Abläufe und Organisation der Zusammenarbeit mit dem Personalamt des Kantons bereinigt, wurde umgesetzt. Die operative Personalarbeit ging integral an die Universität über. Im Bereich Dokumentenverwaltung der Abteilung wurden die Fragen des Datenschutzes und der physischen Ablage verbindlich geregelt.

Evaluation: Das Evaluationsreglement trat im Januar 2001 in Kraft. Der primäre Gegenstand der Evaluation betrifft die Erfüllung der Leistungsaufträge und der Leistungsvereinbarung. Die Fakultäten und die diesen entsprechenden Organisationseinheiten sind für die Sicherstellung der Qualität von Lehre, Forschung und Dienstleistung verantwortlich und haben die entsprechenden Evaluationen auf ihrer Ebene durchzuführen. Es obliegt den geschäftsführenden Einheiten der Universität auch, ihre aktuellen Forschungsprojekte in der zentralen Forschungsdatenbank zu deklarieren. Der «elektronische Forschungsbericht» konnte dem Betrieb übergeben werden. Die veröffentlichten Angaben entsprechen den Datenelementen, wie sie von der EU im Bereich der Forschungsinformationen gefordert werden. Angaben über Finanzierung, Projektbudget und Vollzeitäquivalenzen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie über die Patentsituation werden nicht veröffentlicht.

Bibliothekswesen: Im Januar 2000 beauftragte der Regierungsrat die Universität mit der Entwicklung eines umfassenden Bibliothekskonzepts für die Universität und für die Stadt- und Universitätsbibliothek Bern. Eine Bestandesaufnahme des aktuellen Zustands sowie fünf mögliche Modelle für die Zukunft liegen vor. Die Wahl, Ausarbeitung und Umsetzung eines Szenarios stellt eine grosse Aufgabe für die nächste Zukunft dar.

Bau und Raum: Nach einer nur anderthalb Jahre dauernden Planungs- und Bauphase konnte im Jahr 2000 das neue und wesentlich vergrösserte Informationszentrum der Veterinärmedizinischen Fakultät eröffnet werden. Eine Neuorientierung wurde notwendig durch die Anforderungen des Reformstudiums mit einem hohen Anteil an Selbststudium und Gruppenarbeit. Das neue Konzept – weg von einer Büchersammlung und hin zu einem Informationszentrum mit aktuellster Literatur und einem grossen Angebot an Arbeitsplätzen mit verschiedenen, modularen Nutzungsmöglichkeiten – wird auch für andere Standorte wegweisend sein.

Nachwuchsförderung: Die zuständige Kommission betreute wiederum das Bundesprogramm zur Förderung des akademischen Nachwuchses. Das Programm fördert nur noch die Stufen Oberassistenten oder Assistenzprofessur und schreibt zwingend eine Frauenquote von 40 Prozent (nach Vollzeitstellen) vor. An der Universität Bern wurden 18 Personen (davon 8 Frauen) unterstützt. Auf Grund verschiedener Stellenmutationen konnten im Sommer 2001 sechs Stellen zur Ausschreibung freigegeben werden. Eine Arbeitsgruppe hat einen Bericht zum Stand der Nachwuchsförderung vorgelegt. Auf Grund der Vernehmlassung will die Kommission drei Handlungsfelder vertieft behandeln und bis Ende 2001 der Universitätsleitung Empfehlungen zur Verbesserung der Nachwuchsförderung unterbreiten.

Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität: Die zuständige Kommission begleitete die Aktivitäten der Abteilung und beschäftigte sich mit den Rechenschaftsberichten der Fakultäten und der Institute zu den Zielvorgaben und Plänen für Frauenförderung. Neben den Alltagsgeschäften war die Abteilung mit Projekten im Rahmen des Bundesprogramms «Chancengleichheit 2000 bis 2003» beschäftigt. Ausser dem Projekt «Mentoring Deutschschweiz» wurden vom Lenkungsausschuss der Schweizerischen Universitätskonferenz Projekte der Abteilung in den Modulen «Mentoring» und «Kinderbetreuung» bewilligt und finanziell unterstützt. Für die «Universitätskinderkrippe Bern» konnte ein Gebäude mitten im Universitätsquartier gemietet werden. Die Finanzierung des erweiterten Krippenbetriebes ist kurzfristig mit Mitteln des Bundesprogramms «Chancengleichheit», mittel- und langfristig aus Geldern der Sozialbeiträge der Universitätsangehörigen gesichert. Mittel dieses Bundesprogramms wurden auch dem seit Sommer 2000 bestehenden Interdisziplinären Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung zur Verfügung gestellt. Im vergangenen Akademischen Jahr fanden erste Forschungskolloquien zu «gender studies» statt. Projekte wie z.B. Graduiertenkollege und die Entwicklung von Curricula stehen in Planung. Zum 10-Jahr-Jubiläum der Abteilung erschien ein Bericht.

Rekurskommission: Die Rekurskommission hatte sich mit 39 Beschwerden zu befassen (im Vorjahr 28). Die Zunahme dürfte teilweise darauf zurückzuführen sein, dass die Fakultäten vermehrt Verfügungen als solche bezeichnen und mit einer Rechtsmittelbelehrung versehen. Der grösste Teil der Beschwerden richtete sich gegen die Philosophisch-historische Fakultät (13) und gegen die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (11). 21 Verfahren erledigten sich während der Instruktionsphase. Die Zahl der mit förmlichem Entscheid zu beurteilenden Fälle betrug 16, also doppelt so viele wie vor zwei Jahren. Auf drei Beschwerden konnte nicht eingetreten werden, sieben Beschwerden wurden abgewiesen, sechs gutgeheissen. Vor allem komplizierte und unübersichtliche Reglemente geben häufig Anlass zu Beschwerdeverfahren. Weitere Informationen zur Rekurskommission sowie publizierte Entscheide sind zu finden unter <http://www.rekom.unibe.ch>.

- 1.4 **Die vertretungsberechtigten Gruppierungen**
- 1.4.1 **Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD)**
- 1.4.2 **Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA)**

Da die Themen Nachwuchsförderung, Mitbestimmung und der Auftritt am «Festival Science et Cité» den Verband der Dozentinnen und Dozenten (VDD) wie den Verband der Assistentinnen und Assistenten (VAA) betrafen, wird erneut der gemeinsame Bericht der Mittelbauvereinigung der Universität Bern (MVUB) vorgelegt.

Auf Initiative des MVUB-Vorstandes wurde im Wintersemester 2000/2001 innerhalb der Kommission für Nachwuchsförderung eine Arbeitsgruppe gebildet, welche Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Mittelbauangehörigen vorschlagen sollte. In dieser Arbeitsgruppe haben zwei MVUB-Vorstandsmitglieder mitgearbeitet. Für die Aufzeichnung der Problemfelder wurden Ergebnisse aus Studien anderer Universitäten einbezogen und Personen aus dem eigenen Mittelbau in allen Fachbereichen befragt. Nachwuchsförderung bedeutet für den Mittelbau eine gezielte Doktorandinnen- und Doktorandenausbildung, die Einführung eines «tenure track»-Systems, eine regelmässige Laufbahnplanung und -beratung und die Etablierung von Karrieren, die funktionsorientiert sind und nicht zwangsläufig zur ordentlichen Professur führen müssen.

Der entsprechende Bericht der Arbeitsgruppe stiess in der gesamtuniversitären Vernehmlassung nur auf wenig Akzeptanz, wenn auch die Bedeutung der Nachwuchsförderung erkannt wurde. In speziellen Arbeitsgruppen werden nun die Themen «Umsetzung und Vollzug beschlossener Massnahmen», «Universitätskarrieren» und «Tenure Track» vertieft behandelt. Zur Verbesserung der Mitbestimmung des Mittelbaus in Instituten, Departementen und vergleichbaren Organisationseinheiten hat die MVUB einen Vorstoss lanciert. Auf Wunsch der Universitätsleitung legte sie einen Vorschlag für Mitbestimmungsrichtlinien vor. Aus rechtlichen Gründen entschied sich die Universitätsleitung aber gegen den Erlass solcher Richtlinien. Die MVUB ist der Ansicht, dass allenfalls eine Änderung der Rechtslage geprüft werden müsste, wenn dadurch das Problem gelöst werden könnte. Die Universitätsleitung signalisierte Verständnis für das Anliegen. Bei vielen Darbietungen im Rahmen des «Festival Science et Cité» waren Mittelbauangehörige die Hauptakteure. Ein Arbeitsplatz im Käfigturm illustrierte die Tätigkeiten und Arbeitsbedingungen des Mittelbaus: ein Assistent arbeitete vor den Augen der Besucherinnen und Besucher an seinem Projekt. Anhand von Postern wurde die Problematik der Situation des Mittelbaus dargelegt.

1.4.3 **Vereinigung der Studierenden der Universität Bern (SUB)**

Die SUB hat die studentische Interessenvertretung wie folgt wahrgenommen: Auf nationaler Ebene beobachtete sie die Entwicklung des «Virtuellen Campus Schweiz» und die Anfänge der Umsetzung der Bologna-Deklaration. Mit einem Positionspapier sprach sie sich

gegen die Einführung eines Bachelor/Master-Systems an der Universität Bern aus. Auf kantonaler Ebene wurde das neue Gesetz über die Änderung von Vorschriften über Schulgelder und Studiengebühren heftig bekämpft. Die SUB wehrt sich gegen Tendenzen zur Ersetzung von Stipendien durch Darlehen. Sie setzt sich weiterhin gegen ein «Zulassungsbeschränkungsgesetz» ein. Auf universitärer Ebene hat die SUB in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung Richtlinien zu studienzeitverlängernden Gründen erarbeitet. Einzig der auf 25 Prozent festgelegte Prozentsatz der Erwerbstätigkeit ist für die SUB nicht zufrieden stellend. In der Problematik der Reglemente über das Studium und die Prüfungen der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung erarbeitete die SUB einen Kompromissvorschlag für die Neben- und Ergänzungsfächer, welcher zum Ziel hat, keine Studierenden von fakultätsfremden Studienrichtungen auszuschliessen. Die SUB führte ihr Dienstleistungsangebot weiter. Sie veranstaltete neben dem Unifest den Tag des Studienbeginns und den «Informationsanlass für MittelschülerInnen». Die «Informationsmappe Frauenförderung» soll die Studierenden für Frauenförderung sensibilisieren helfen. Die SUB engagierte sich zudem beim «Festival Science et Cité». Mit einer Vertretung wirkt sie in der Kommission für Nachwuchsförderung mit. Durch ihre Kommissionsvertretung hat die SUB das Evaluationsreglement der Universität Bern mitgestaltet.

Bern, 29. Januar 2002

Im Namen des Senats
Der Rektor: *Schäublin*